

LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li



FC Vaduz gastiert beim Leader
FCV-Trainer Roland Vrabec will dem souveränen Leader FC Schaffhausen die erste Saisonniederlage zufügen. 15

Neue Olma-Halle für 163 Millionen
Über der Autobahn A1 soll die grösste stützenfreie Messehalle der Deutschschweiz entstehen. 10



Befragung
Braucht es einen Laden in Schellenberg? 2

Ameisen im Haus
Auf den Duftspuren der Vorgänger unterwegs 5

Genussmomente
Das «Gluscht»-Festival kommt nach Schaan 9

Spezielle Lokalität
Festival im Bergwerk feiert Revival 13



Drohnenrennen
Nächstes Wochenende findet in Vaduz ein DCL-Rennen statt. 19

Sapperlot

Der Traum aller Konsumenten? Unendlich viel Budget für den Einkauf. Endlose Auswahl an Produkten. Ewige Verfügbarkeit aller Artikel. 24/7-Öffnungszeiten. Reservierter Parkplatz vor dem Laden. Denkste, alles falsch. Das wahre Verlangen wäre wohl: Studierten Verpackungsingenieuren beim Versuch zuzuschauen, ihre eigenen Produkte zu konsumieren. Nicht der Konsum ist dabei interessant, sondern der Weg dahin: Wie sie die goldene Nutella-Folie sauber entfernen. Oder das in Hartplastik eingeschweisste Audiokabel problemlos herausägen. Oder Ketchup-Portionchen fleckenfrei auf ihren Schnitzel-Pommes-frites-Tellern ausdrücken. Fakt ist nämlich: das geht alles nicht. Unmöglich. Tausendfach erwiesen, hundertfach am eigenen Leibe erlebt. Ohne den Damen und Herren Ingenieuren etwas Böses unterstellen zu wollen: Ist es tatsächlich eine Herausforderung besonderer Art, gewisse Produkte so zu verpacken, dass sie keinen Schaden verursachen, wenn sie geöffnet werden?
Daniel Bargetze

Kaffeepause. Was Neues?

Gehen Sie online.



www.vaterland.li

Vorschlag: Sparpflicht für die eigene Alterspflege

Demografie Um die Kosten für die Pflege und Betreuung von alten Menschen noch stemmen zu können, schlägt die Denkfabrik Zukunft.li ein «vererbbares Pflegekapital» vor.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Niemand wird gerne alt. Doch auch die Zahlen in Liechtenstein zeigen: Die Gesellschaft wird immer älter. Gemäss dem Bevölkerungsszenario «Trend» des Amts für Statistik wird sich der Anteil der Personen über 80 Jahre von heute 3,5 Prozent bis ins Jahr 2030 verdoppeln und sich bis 2050 auf annähernd 12 Prozent verdreifachen. Diese Prognosen sind für die Altersvorsorge eine Herausforderung. Hier hat die Politik in den letzten Jahren aber gewisse Weichen im Bereich der AHV und der Pensionsversicherung gestellt. Doch mit einer finanziellen Absicherung für den Ruhestand ist es nicht getan. Ab einem Alter von über 65 Jahren steigt die

Wahrscheinlichkeit, dass man auf Pflege und Betreuung angewiesen ist. Unter dem Titel «Finanzierung der Alterspflege – Handlungsbedarf und Lösungsansätze» hat die unabhängige Denkfabrik Stiftung Zukunft.li gestern zum Thema eine Publikation vorgestellt.

Kostensteigerung von etwa fünf Prozent pro Jahr

Der jüngste Denkanstoss soll eine politische Diskussion auslösen und möglichst bald zu Lösungen führen. Denn die Zahlen sprechen gemäss Zukunft.li-Geschäftsführer Thomas Lorenz eine klare Sprache: «Alleine durch die Zunahme der Anzahl Menschen in hohem Alter werden die Kosten in der Alterspflege mit den heutigen Strukturen bis 2030 um durchschnitt-

lich 4,8 Prozent pro Jahr ansteigen. Wird zusätzlich nur eine einprozentige Steigerung der Kosten pro Jahr unterstellt, ist bis 2030 bereits mit einem jährlichen Wachstum von durchschnittlich 5,8 Prozent zu rechnen».

Die Betreuungs- und Pflegekosten für Menschen ab 65 Jahren beliefen sich 2015 auf rund 43 Millionen Franken. Davon trägt die öffentliche Hand mit direkten Beiträgen an die Leistungserbringer und indirekt durch Transferzahlungen an die Leistungsempfänger über 62 Prozent. Die Krankenkassen und damit die Prämienzahler übernehmen rund 17 Prozent und die direkt Betroffenen einen Finanzierungsanteil von 21 Prozent. Bei prognostiziertem Wachstum würde der Anteil des Staates von heute rund 27 Mil-

lionen Franken im Jahr 2030 auf über 50 Millionen steigen und im Jahr 2050 bereits über 100 Millionen betragen.

Sparobligatorium ab 50 Jahren

Für die Lösung des Problems greift Zukunft.li einen Vorschlag der Schweizer Denkfabrik Avenir Suisse auf. Ab dem 50. Altersjahr bis zum Eintritt des Betreuungs- oder Pflegefalls soll jeder verpflichtet werden, mit einer monatlichen Prämie ein individuelles Pflegekapital anzusparen. Zuerst soll dann dieses Geld aufgebraucht werden, bevor öffentliche Unterstützungsleistungen bezogen werden können. Wenn man das angesparte Kapital nicht benötigt, soll es vererbt werden können. 3

«Töchter hatten kein Interesse»

Region Da sich innerhalb der Familie kein Nachfolger für die Kühnis Optik finden liess, überlassen Erich und Peter Kühnis die Filialen den jeweiligen Geschäftsführern. Was das für die einzelnen Betriebe sowie deren künftige Zusammenarbeit bedeutet, verrät Erich Kühnis im Interview. «Meine Töchter haben kein Interesse daran und der Sohn meines Bru-



ders Peter besitzt ein eigenes Geschäft», erzählt Kühnis. Vor drei Jahren haben er und sein Bruder den Filialleitern die Möglichkeit eröffnet, die jeweiligen Geschäfte zu übernehmen. Es war durchaus eine emotionale Entscheidung: Möchte ich vom Angestelltenverhältnis überhaupt zum Unternehmer wechseln und die dazu nötigen Finanzen einsetzen? Vor zwei Jahren haben überraschend alle Filialleiter zugesagt.

Wirtschaft regional

Antrittsbesuch bei Bundesrat Schneider-Ammann und Bundesrat Parmelin



Austausch Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Gantenbein wurden gestern in Bern von Bundesrat Schneider-Ammann und Bundesrat Parmelin empfangen. Bei beiden Treffen stand der Austausch über verschiedene Themen und die Vernetzung beider Länder im Mittelpunkt.

Bild: Andreas von Gunten

Zweiter Murgang ohne Verletzte

Bondo Ein zweiter Murgang hat gestern das Dorf Bondo im Bergell erreicht. Einige Bewohner mussten erneut in Sicherheit gebracht werden. Ein Firmengelände wurde beschädigt. Verletzte gab es keine. Der Murgang aus dem Seitental Val Bondasca habe um 16.27 Uhr wieder Teile der Bergeller Ortschaft Bondo erreicht, teilte die Bündner Polizei mit. Vermisst werden seit dem grossen Murgang am Mittwoch acht Personen. Es wird immer noch nach vier Deutschen aus Baden-Württemberg, zwei Personen aus der Steiermark und nach zwei Berggängern aus dem Kanton Solothurn gesucht. (sda) 14

Messerangriff auf Soldaten

Brüssel Ein 30-jähriger Mann hat am Freitagabend im Zentrum von Brüssel zwei Soldaten mit einem Messer verletzt. Der Angreifer wurde niedergeschossen und lebensgefährlich verwundet, wie eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft sagte. Die Soldaten seien nicht in Lebensgefahr. Sonst sei niemand zu Schaden gekommen. Laut dem Fernsehsender RTBF soll der Mann vor dem Angriff «Allahu Akbar» gerufen haben. (sda)

Denkfabrik mahnt zur Eile

Alterspflege Aus Sicht der Stiftung Zukunft.li sollte die Politik keine Zeit vergeuden und das Problem der Finanzierung der Alterspflege nicht auf die lange Bank schieben. Doch es gibt noch einige Knacknüsse zu lösen.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Der Lösungsvorschlag der liechtensteinischen Denkfabrik Zukunft.li tönt einfach. Um die steigenden Kosten der Alterspflege zu finanzieren, soll ein neues Sparobligatorium eingeführt werden. Denn das heutige System biete wegen der hohen direkten und indirekten Subventionierung durch die öffentliche Hand kaum Anreize, für Betreuung und Pflege im Alter vorzusorgen. Durch das verpflichtende Sparen ab einem bestimmten Lebensjahr bis zum Eintritt des Betreuungs- oder Pflegefalls wird mit einer monatlichen Prämie ein individuelles Pflegekapital angespart. Die dann anfallenden Kosten sollen dann mit diesem angesparten Kapital finanziert werden. Erst wenn dieser Sparstrumpf aufgebraucht ist und auch keine weiteren Vermögenswerte zur Verfügung stehen, könnten öffentliche Unterstützungsleistungen in Anspruch genommen werden. Wer am Schluss seines Lebens vom angesparten Pflegekapital noch etwas übrig hat, kann es vererben. «Es bestehen also keine Solidaritäten im System – weder von Jung zu Alt noch von nicht Pflegebedürftigen zu Pflegebedürftigen. Diese Vorgehensweise bietet neben anderen Faktoren auch einen finanziellen Anreiz für Angehörige, nach Möglichkeit eigene Betreuungslösungen zu erbringen», erklärte gestern Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li, bei der Präsentation der neuen Publikation.

Vorschlag: Ab 50 jeden Monat 150 Franken

Im Berechnungsvorschlag geht die Stiftung davon aus, dass man ab einem Alter von 50 monatlich 150 Franken für sein Pflegekapital spart. Dies wären dann bei einem Ehepaar 300 Franken im Monat



Für Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li, ist die Politik gefordert, rasch eine Lösung zu finden. Bild: Tatjana Schnalzger

oder 3600 Franken pro Jahr. Ein Betrag, den nicht jedes Paar so einfach aufbringen kann. Das ist sich auch Thomas Lorenz bewusst. «Hier müsste sicher von der Politik eine entsprechende Einkommensuntergrenze festgelegt werden, unter welcher man von der Einzahlung befreit wäre.» Auf die Frage, ob es aus diesem Grund nicht sinnvoller wäre, wenn man bereits ab 20 Jahren monatlich verpflichtend 20 Franken ansparen müsste, erklärte Lorenz: «Das wäre sicher auch eine Option. Wir haben mit unseren

Berechnungen und unserem Vorschlag einen Denk- und Diskussionsanlass für die Politik erreichen wollen. Die Details müssen sie definieren.» Auch welche Organisation ein solches individuelles Pflegekapital verwalten würde, lässt die Denkfabrik offen. Viele offene Fragen also.

Alternative: Mehrwertsteuer um drei Prozent erhöhen

Was für die Denkfabrik aber klar ist: Die Politik muss sich dem Thema annehmen und es nicht auf die lange Bank schieben. Denn vor

allem die grossen Babyboomerjahrgänge der 1960er werden in den nächsten Jahren zu einer deutlichen Veränderung in der Altersstruktur führen. Und der Vorschlag eines «vererbaren Pflegekapitals» benötigt eine lange Anlaufzeit. «In jedem Fall ist die Politik gefordert, die Frage zu beantworten, wie die Finanzierung von Betreuungs- und Pflegekosten in den nächsten 30 Jahren erfolgen soll», so Lorenz. Eine Alternative zeigt die Stiftung in ihrer Publikation auch schon auf. Als

in der Alterspflege für die öffentliche Hand zu finanzieren, müsste entweder die Mehrwertsteuer um 3 Prozent angehoben oder die Vermögens- und Erwerbssteuer um 40 Prozent erhöht werden.

WWW.

Die Publikation «Finanzierung der Alterspflege» gibt es hier: stiftungzukunft.li

Hasler fordert Volksabstimmung über Radio L

Der DU-Abgeordnete Erich Hasler will die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur des Landessenders Radio L vors Volk bringen. Sollte er dafür im Landtag keine Mehrheit erhalten, wird er ein Volksreferendum ergreifen. Dies schreibt der Abgeordnete in der aktuellen Ausgabe der Parteizeitung der Unabhängigen, «Hoi Du». Radio L muss seine Infrastruktur erneuern. Die dafür notwendigen Mittel von etwa zwei Millionen Franken kann der Landessender nicht aus eigener Kraft aufbringen. Der zuständige Wirtschaftsminister Daniel Risch hat bereits angekündigt, dass er im Herbst einen entsprechenden Antrag an den Landtag stellen wird. Bisher liegt der Bericht noch nicht vor.

Doch der DU-Abgeordnete Erich Hasler hat bereits Widerstand angekündigt. «Das Volk muss endlich ein Wort bei der zukünftigen Ausrichtung der Medienförderung und der Subventionierung des Staatsradios (gesamthaft ca. CHF 4 Millionen jährlich) mitreden. Dies kann geschehen, wenn der zukünftige Finanzbeschluss des Landtags für die neue Infrastruktur von Radio Liechtenstein über CHF 2 Mio. dem Volk vorgelegt wird. Wenn eine Mehrheit im Landtag nicht dafür zu haben ist, muss das Referendum ergriffen werden, damit man anschliessend die Medienförderung neu und vernünftig ordnet und gleichzeitig viel Geld spart», schreibt Hasler in einem Beitrag in der aktuellen Ausgabe der Parteizeitung der Unabhängigen.

Nur noch eine Tageszeitung

Hasler vertritt auch die Meinung, dass es künftig nur noch eine Tageszeitung in Liechtenstein geben sollte: «Fairerweise ist anzuerkennen, dass sich das «Vaterland» mehr um Objektivität bemüht als das in Vorarlberg gedruckte «Volksblatt». Ich bin überzeugt, dass es die meisten Leute begrüssen würden, wenn es nur noch eine Tageszeitung gäbe. Diese Zeitung sollte für eine glaubwürdige und objektive Berichterstattung stehen und allen Parteien eine politische Plattform geben.» (red.)

Medicnova plant Unfall-Notfalldienst ab Oktober

Spitalwesen Die Medicnova Privatklinik will ab Oktober einen unfallchirurgischen Notfalldienst anbieten. Die Verantwortlichen sehen diesen Schritt nicht als Angriff auf das Landesspital, sondern als Service-Angebot.

Der Kampf um die Patienten geht in eine nächste Runde. Gestern erklärte die Medicnova Privatklinik in Bendern, dass sie ab Oktober 2017 einen unfallchirurgischen Notfalldienst anbieten werde. «Wir starten in einer Anfangsphase mit täglich 12 Stunden, das heisst von Montag bis Sonntag, 7 bis 19 Uhr. Bei guter Akzeptanz ist zeitnah eine Erweiterung auch auf die Nacht vorgesehen», wird Dr. Wolfgang Mayer, Facharzt für Unfallchirurgie und Traumatologie, in einer Mitteilung zitiert. Für den Unfall-Notfalldienst würden in der Medicnova insgesamt fünf erfahrene Fachärzte für Traumatologie zur Verfügung stehen, schreibt die Privatklinik.

Vom Gips bis zur Operation von Bandverletzungen

Abgedeckt werden soll ein breites unfallmedizinisches Spektrum – von der Röntgenuntersuchung über die Versorgung von Wunden bis hin zu Gips- und Schienenverbänden. Auch operative Behand-



Auch nach einem Unfall können sich ab Oktober Patienten an die Privatklinik wenden. Bild: Keystone

lungen von Knochenbrüchen und Bandverletzungen werden durchgeführt. «Die Anmeldung erfolgt über Zuweisung des Hausarztes oder nach telefonischer Voranmeldung in der Klinik. Bleibt es bei einer ambulanten Behandlung, ist die Weiterbehandlung

wiederum beim Hausarzt vorgesehen», erläutert Dr. Rolf Risch, Facharzt für Orthopädie und Traumatologie, in der Mitteilung die Vorgangsweise. Es sei ein Anliegen der Klinik einen Beitrag zur medizinischen Grundversorgung zu leisten. «Der Unfall-Notfall-

dienst ist ein weiterer Baustein einer hochqualitativen, wohnortnahen Versorgung der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner», heisst es abschliessend. Unter dem Eindruck der aktuellen politischen Diskussionen könnte dieser Schritt durchaus als

Kampfansage an das Landesspital in Vaduz gewertet werden. Auf Anfrage des «Vaterlands» wird dies von der Klinik klar verneint.

«Die Nachfrage wurde immer grösser

Die Medicnova sieht es vielmehr als Service-Angebot für die liechtensteinische Bevölkerung. «Fakt ist, dass zuletzt die diesbezügliche Nachfrage immer grösser wurde, d. h. immer mehr Patienten haben sich mit Verletzungen an die Medicnova gewandt. Nun soll eben das Angebot mit dem Unfall-Notfalldienst strukturiert und gelenkt werden. So wissen künftig sowohl Patienten als auch Zuweiser, dass es im Notfall mit dem diensthabenden Facharzt für Traumatologie einen kompetenten Ansprechpartner in der Medicnova gibt», so Martina Pointner, Pressesprecherin der Privatklinik.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Triesenberg prüft neue Umlage für Feriendomizile

Der Gemeinderat von Triesenberg will verschiedene Möglichkeiten für die Einführung einer Umlage für Ferienliegenschaften im Gebiet Malbun-Steg juristisch prüfen lassen. Dies beschloss er in seiner letzten Sitzung. Der Grund liegt darin, dass es sich bei den Privatliegenschaften meist um Zweitwohnungen handelt, die für die Gemeinde Triesenberg keine oder kaum Steuern abwerfen. Dies führt dazu, dass ein Teil der Steuer- und Finanzausgleichseinnahmen, die für die dauernd in Triesenberg wohnende und arbeitende Bevölkerung bestimmt ist, für die Erstellung und den Unterhalt der Infrastruktur im Feriengebiet verwendet werden muss. Für das Berggebiet erhält die Gemeinde Triesenberg einen Sonderbeitrag aus dem Finanzausgleich. Dieser würde aber nicht ausreichen, um die Aufwendungen zu decken, heisst es im Kurzprotokoll. (red.)